

46

1 Förderung von Prävention gegen Über- und Untergewicht stärken!

2 *Antragssteller: Junge Union Pinneberg*

3 **Der Schleswig-Holstein-Tag möge beschließen:**

4 Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert die Stärkung der Primärprävention
5 gegen Über- und Untergewicht bei Kindern und Jugendlichen. Im Vordergrund soll dabei
6 die Förderung von gesunder Ernährung und sportlicher Aktivität sowie das Beibringen und
7 Vorleben eines gesunden Lebensstils im Vordergrund dieser Prävention stehen. Dies soll
8 unter anderem durch eine jährliche Überprüfung des Gesundheitszustandes der Kinder
9 durch Konsultationen von Experten in den Kindergärten und Grundschulen geschehen.
10 Bei Auffälligkeiten sollen Hinweise an Erziehungsberechtigte und die Empfehlung für
11 einen Kinderarztbesuch erteilt werden. Zudem sollen die Schülerinnen und Schüler im
12 Rahmen eines Projekttages präventiv über gesunde Ernährung und die Folgen von Über-
13 und Untergewicht aufgeklärt werden. Die Fördermittel für die Präventivberatung soll das
14 Land Schleswig-Holstein bereitstellen.

15 **Begründung**

16 Laut Zahlen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hat sich die Zahl
17 der übergewichtigen Kinder und Jugendliche in Deutschland im Vergleich zu den Jahren
18 1985-1999 mehr als verdoppelt. Fast jedes 10. Kind im Alter zwischen 3-17 Jahren sei
19 demnach übergewichtig, 6% aller Kinder sogar adipös. Die Studien der BZgA zeigen
20 außerdem, dass die Prävalenz von Übergewicht mit steigendem Alter zunimmt, weshalb
21 ein besonders früher Beginn der Prävention von Über- und Untergewicht, nämlich schon
22 in Kindergarten und Grundschulen, notwendig ist.

23 Den Kindern kann zum Beispiel durch gemeinsames Kochen die Freude an gesunder und
24 trotzdem schmackhafter Ernährung beigebracht werden. Die Prävention soll den Spaß der
25 Kinder an Sport und gesunder Ernährung fördern, um langfristig wirksam zu sein. Dabei
26 sind die staatlichen Stellen, insbesondere die Schulen sowie Kindergärten und
27 Kindertagesstätten in der Pflicht, da die Erziehung auch hinsichtlich Gesundheit, Sport
28 und Ernährung in vielen Teilen der Bevölkerung nicht mehr ausschließlich im häuslichen
29 Rahmen stattfindet.

30 Eine gemeinschaftliche, flächendeckende Durchführung einer solchen Prävention kann
31 durch Schaffung einer gesellschaftlichen Norm und eines gesellschaftlichen Bewusstseins
32 enorm zur Abnahme der Inzidenz von Übergewicht führen. Es muss mehr in die

33 Krankheitsprävention und in die Gesundheit unserer Kinder und somit in die Gesellschaft
34 unserer Zukunft investiert werden.

35

1

1

1

1



1 Organspende reformieren und Leben retten!

2 *Antragssteller: Junge Union Pinneberg*

3 **Der Schleswig-Holstein-Tag möge beschließen:**

4 Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN unterstützt die Forderung des
5 Bundesgesundheitsministers Jens Spahn MdB der Einführung der sogenannten
6 „Widerspruchslösung“ (Opt-Out-Methode), wonach Bürgerinnen und Bürger einer eigenen
7 Organspende im Falle eines eingetretenen Hirntods ausdrücklich widersprechen müssen,
8 um kein Organspender zu werden. Mithin muss ebenfalls die Aufklärungsarbeit staatlicher
9 Stellen und den Versicherungen weiter voran getrieben und finanziell ausgebaut werden.
10 Der Widerspruch muss ebenso jederzeit und unbürokratisch möglich sein.

11 **Begründung**

12 Die Organspende ist derzeit eines der existenziellsten Themen der Gesundheitspolitik
13 unserer Zeit. Während sich statistisch bewiesen eine deutliche Mehrheit der Deutschen
14 für die Organspende ausspricht, besitzt nur ein kleiner Teil davon einen Organspende-
15 Ausweis oder eine Patientenverfügung. Für eine abschließende Bewertung der Thematik
16 müssen rechtliche, wie ethisch soziale Fragen geklärt werden.

17 1.) Jeder kann einmal zum dankbaren Spendenempfänger werden. Im letzten Jahr
18 warteten rund 10.000 Patienten auf ein Spenderorgan. Die Zahl der Organspenden aber
19 ist im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten gesunken. Unter den
20 in „Eurotransplant“ zusammengeschlossenen Ländern ist Deutschland seit Langem reines
21 Empfängerland. Ein untragbarer Zustand für einen Staat wie Deutschland. Ein einziger
22 Organspender kann durchschnittlich 54 Lebensjahre an andere Menschen durch seine
23 gespendeten Organe verschenken. Organspende ein Akt der Nächstenliebe.

24 2.) Neben ethischen, sozialen und kulturellen Vorbehalten gibt es auch
25 verfassungsrechtliche Bedenken: Ein entsprechendes Gesetz, das die Widerspruchslösung

26 vorsieht, könnte gegen zentrale Grundrechte wie die Menschenwürde, das Recht auf
27 Leben und körperliche Unversehrtheit, die Selbstbestimmung über den eigenen Körper
28 und das Eigentum an Körperteilen, mindestens aber gegen das „Recht auf
29 Nichtentscheiden“ verstoßen. Dieser Eingriff in die Grundrechte des Einzelnen müsste
30 gerechtfertigt sein. Der Tatsache geschuldet, dass der Organspende ohne Weiteres
31 allerdings widersprochen werden kann rechtfertigt die Problematik der
32 Selbstbestimmung: Kein Bürger wird faktisch zur Organspende gezwungen. Die
33 Menschenwürde verbietet zudem Schmähung, Erniedrigung und Missachtung des
34 Menschen als Person. Sie ist aber jedenfalls dann nicht bedroht, wenn einfachgesetzliche
35 Vorkehrungen gegen Ausbeutung und Kommerzialisierung getroffen werden. Das
36 Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit endet mit dem Hirntod, der als
37 unwiderruflicher Ausfall aller maßgeblichen Hirnfunktionen definiert und in einem
38 äußerst strengen, medizinischen Verfahren festgestellt wird. Der hirntote Mensch ist aus
39 rechtlicher Sicht kein Sterbender, sondern ein Toter, dessen fortdauernde Würde
40 selbstverständlich zu wahren ist. Dann wäre im nächsten Schritt fraglich, ob die Organe
41 eines Toten sein Eigentum sind. Eigentum hat man an unbeweglichen und beweglichen
42 Sachen, und Organe sind aus juristischer Sicht keine Sachen in diesem Sinne. Zuletzt
43 bleibt das durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die Handlungsfreiheit
44 geschützte „Recht auf Nichtentscheidung“. In dieses Recht greift die Widerspruchslösung
45 tatsächlich gravierend ein. Der Mensch selbst oder seine Verwandten müssten
46 ausdrücklich „nein“ sagen, wollen sie die Organentnahme nach dem Tod ausschließen.
47 Dieser Eingriff lässt sich jedoch durch die Schutzpflicht des Staates für das Grundrecht auf
48 Leben und Gesundheit der leidenden Patienten und potentiellen Organempfänger
49 rechtfertigen. Hier muss abgewogen werden: Die Handlungsfreiheit des Einzelnen
50 einzuschränken kann durch das Lebensrecht eines Anderen legitim sein. In jedem Falle
51 allerdings muss für die verfassungsmäßige Rechtfertigung gelten: Irrtum und Missbrauch
52 müssen ausgeschlossen sein.

53 3.) Gute Information und weitreichende Aufklärungsstrukturen sind notwendig, damit alle
54 Bürger für sich eine Entscheidung treffen können, ob sie sich als potenzielle Organspende
55 zur Verfügung stellen wollen. Das Thema muss enttabuisiert werden. Dabei müssen
56 staatliche Stellen gleichermaßen wie die Krankenversicherungen und Krankenhäuser in
57 die Pflicht genommen werden, Transparenz zu schaffen. Sie sollen Vertrauen
58 wiederherstellen, dass durch die Skandale der 2000er Jahre verloren gegangen ist.

59

1 Erste-Hilfe-Kurs als Voraussetzung für Führerscheinverlängerung

2 *Antragssteller: Junge Union Pinneberg, Junge Union Stormarn*

3 **Der Schleswig-Holstein-Tag möge beschließen:**

4 Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert die Kopplung der
5 Führerscheinverlängerung an den Nachweis eines kürzlich absolvierten Erste-Hilfe-Kurses.
6 Zwischen Führerscheinneubeantragung und einem absolvierten Erste-Hilfe-Kurs dürfen
7 nicht mehr als zwei Jahre liegen. Außerdem sollen obligate Erste-Hilfe-Kurse in den
8 Schulunterricht beginnend ab der 7. Klasse integriert werden. Hierzu müssen die
9 entsprechenden Ausbildungsstätten durch Landesmittel gefördert und die Kurse vom
10 Land subventioniert werden. Es sollen außerdem mehr Fördermittel in eine Kampagne zur
11 Aufklärung der Ersten Hilfe investiert werden.

12 **Begründung:**

13 In Deutschland sterben im Jahr rund 100.000 Menschen am plötzlichen Herztod. Laut
14 Daten des Bundesministeriums für Gesundheit aus dem vergangenen Jahr beginnt in nur
15 34% der Fälle ein Laie mit den Wiederbelebensmaßnahmen vor Eintreffen des
16 Rettungsdienstes. Das ist zwar im Vergleich zu den Zahlen von vor zehn Jahren eine
17 Verdopplung, aber trotzdem steht Deutschland im europäischen Vergleich schlecht dar.
18 Länder wie Norwegen und Schweden zeigen vergleichsweise dazu eine deutlich höhere
19 Laien-Reanimationsquote mit über 70%. Pro Minute sinke laut Studie die
20 Überlebenschance eines plötzlich Herztoten um 10%. Wenn also direkt mit
21 den Wiederbelebensmaßnahmen begonnen werden würde, würde diese
22 Überlebenschance auf mindestens 50% steigen. Werden diese einfachen
23 Wiederbelebensmaßnahmen wie die Herzdruckmassage nicht innerhalb der ersten fünf
24 Minuten nach dem Herzstillstand begonnen, sei das Überleben des Patienten
25 unwahrscheinlich.

26 Um die Zahl der Wiederbelebensversuche durch Laien in Deutschland zu erhöhen, ist die
27 Einführung von regelmäßigen obligatorischen Erste-Hilfe-Kursen unabdingbar. Die Daten
28 des

29 Bundesministeriums für Gesundheit zeigen, dass in weiten Teilen der Bevölkerung große
30 Wissenslücken in diesem Themengebiet bestehen. Bei dem meisten Menschen ist der
31 verpflichtende Erste-Hilfe-Kurs des Führerscheins schon viele Jahre her und teils ist das

32 noch vorhandene Wissen schon veraltet. Viele Menschen haben Angst, in solch einer
33 Situation etwas falsch zu machen oder den Zustand des Patienten durch eine
34 Fehleinschätzung sogar noch zu verschlimmern. Regelmäßiges Auffrischen und
35 praktisches Üben der Wiederbelebungsmaßnahmen durch solch einen Ersthelferkurs
36 können zur Minderung dieser Hemmschwelle beitragen und das Selbstbewusstsein und
37 die Kompetenz jedes einzelnen stärken.

38 Seit 2013 läuft ein Führerschein nach 15 Jahren ab. Um weiterhin eine Fahrerlaubnis
39 erteilt zu bekommen, muss der Führerschein mit aktuellem Lichtbild neu beantragt
40 werden. Um nicht ungerechtfertigt in das Freiheitsrecht eines Einzelnen einzugreifen,
41 sollte der Nachweis eines kürzlich besuchten Erste-Hilfe-Kurses als weitere Voraussetzung
42 für die Verlängerung des Führerscheins eingeführt werden. Jedem Bürger und jeder
43 Bürgerin ist freigestellt, ob er/sie einen Führerschein machen, besitzen und weiter
44 verlängern will.

1

1

1



1 **Gewährleistung von Rechtssicherheit und Vertrauen**

2 **Denkmalschutz ausgewogener machen.**

3 *Antragssteller: Junge Union Nordfriesland*

4 Das deutsche Baurecht gehört zu den kompliziertesten der Welt. Das macht es jedoch
5 nicht zum Besten. Im Zuge immer weiterer Auflagen zum Planungsrecht, Emissionsschutz,
6 Klimaschutz, oder Denkmalschutz werden Bauprojekte in den allermeisten Fällen enorm
7 ausgebremst, wenn nicht sogar verhindert. Das Baurecht ist zu einer bürokratischen und
8 finanziellen Bürde geworden.

9 Zu diesen Investitionsbremsen gehört teilweise auch der Denkmalschutz, der mehr
10 Probleme schafft, als er wichtige Kulturgüter schützt. Von der Grundidee her ist der
11 Denkmalschutz zweifelsohne von wichtiger Bedeutung: Er bietet unter anderem durch
12 Fördermöglichkeiten den Eigentümern auch die Chance zum Erhalt teurer und kulturell
13 wertvoller Bausubstanz. Der Schutz umfasst allerdings immer häufiger auch Bauwerke,
14 deren kultureller Mehrwert sich den Bürgern häufig nicht einmal bei großzügiger
15 Auslegung erschließt. Im kommunalen Bereich wird so sogar die Ortsentwicklung
16 behindert.